

Die Ameise

Verbandsorgan der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Immer strebe zum Ganzen und kannst Du selber kein Ganzes werden
□ □ □ Als dienendes Glied schließ an ein Ganzes Dich an □ □ □

Redaktion, Expedition und Verlag: Charlottenburg — Privat-Postabonnement für das Vierteljahr 2 Mark

Nr. 32. | Charlottenburg, Freitag, den 8. August 1919. | Jahrg. 46.

Zu den Vorstandsanträgen.

Die in Nr. 31 veröffentlichten Anträge des Vorstandes dürften wohl in den Händen der Mitglieder und der Verwaltungen sein und haben hoffentlich die Verbandsgenossen diese Anträge auch mit der nötigen Aufmerksamkeit gelesen und durchgeprüft. Vor allen Dingen muß eins dabei beachtet werden: die Anträge in ihrer Gesamtheit bilden eine Neuzusammenstellung des Statuts, denn durch die in den Anträgen liegende Absicht, den Zahlstellen mehr Rechte einzuräumen, welches auch eine Entlastung der Hauptverwaltung bedeutet, und unser so kompliziertes Unterstützungs-system zu vereinfachen, werden fast alle Paragraphen des heut geltenden Statuts berührt und ist daher die Bewilligung der Generalversammlung dazu erforderlich.

Selbstverständlich kann der gesamte Inhalt hier aus den oft angeführten Gründen nicht erschöpfend erläutert und erörtert werden, aber wir wollen doch versuchen, in knapper Form die wichtigsten herauszuheben. Schon bei der Aufnahme neuer Mitglieder ist mit dem bisherigen System, alles durch das Verbandsbureau machen zu lassen, gebrochen worden und sollen in Zukunft die Zahlstellen die Aufnahmen selbst vollziehen und dem neuen Mitglied die Papiere möglichst bald ausfertigen und einreichen. Selbstverständlich ist dabei aber doch, daß nicht, wie bisher, wieder dem Kassierer die Arbeit allein überlassen wird, sondern daß, insbesondere in den großen Zahlstellen, auch andere Verwaltungsmitglieder sich betätigen. Daß dem Verbandsbureau bei erfolgreicher Aufnahme die Anmeldungen dann trotzdem noch zugesandt werden müssen, ist ja selbstverständlich, denn eine Nichtbeachtung dieses Grundgesetzes würde der Verbandsleitung jede Aufsicht und Kontrolle der gesamten Mitgliedschaft unmöglich machen. Die Bestimmung, daß für aus anderen Verbänden überkommene Mitglieder die Bücher im Verbandsbureau ausgestellt werden, ist vorläufig noch beibehalten worden, es wäre aber vielleicht doch zweckmäßig, wenn man dabei verschiedenen größeren Zahlstellen, die ja größtenteils schon Angestellte haben, gestatten würde, die Uebertritte auch selbst zu vollziehen, wenn die Gewißheit besteht, daß die dabei in Frage kommenden Verwaltungsmitglieder die Gewähr bieten, daß die in diesen Fällen notwendige Beachtung der allgemein geltenden Bestimmungen nicht außer Acht gelassen werden.

Die Beiträge sind sämtlich erhöht worden, auch das Eintrittsgeld. Die wahrscheinlich gerade über die vorgeschlagenen Sätze bestehende Diskussion in den Zahlstellen als auch auf der Generalversammlung selbst wird zeigen, ob der Geist der neuen Zeit nicht auch äußerlich in die Masse der Porzellaner hineingedrungen ist, sondern ob sie auch mal endlich die Gewerkschaft als das erfassen, was sie den Berufsgenossen sein soll, nicht eine Versicherungsanstalt, die mancherlei Vorfälle und Bedrängnisse in dem Lebenskampf der einzelnen Person in der heutigen bürgerlichen Gesellschaft, sondern als eine Vereinigung der gesamten, im Beruf tätigen Arbeiterschaft zum Zwecke der Erzielung der möglichst günstigsten Lohn- und Arbeitsbedingungen und damit die wirtschaftlich schwächeren einen Halt durch die Gesamtmitgliedschaft erhalten und nicht von dem Unternehmertum dazu benutzt werden können, als Druckmittel gegen die übrige Arbeiterschaft zu dienen und dadurch eine Verschlechterung der Lebensbedingungen herbeigeführt, im mindesten eine Besserung erschwert wird. Die Hilfeleistung vorkommenden Notfällen bei einzelnen Familien muß, entsprechend den Forderungen der politischen Vertreterschaft der Arbeiter, Sache von Staat und Kommunen sein und dürfen wir nicht hoffen, daß sich diese Organe im Interesse einer kleinen, aber leider

sehr einflußreichen Minderheit von Staatsbürgern um diese ihre Pflicht herumdrücken. Bei den zurzeit geltenden Lohnsätzen und infolge der jetzt beginnenden Durchführung des Tarifwesens in unserer Industrie dürfte ja mit dem völligen Verschwinden der früher üblichen Porzellanerlöhne bald bestimmt zu rechnen sein und dürften daher die vorgeschlagenen Beitragssätze nirgends als zu hoch empfunden werden. Dann erscheint es auch schon nicht denkbar, wenn dann noch Lokalbeiträge hinzukommen und es ist zu hoffen, daß sich keine Zahlstelle von der Erhebung solcher Lokalbeiträge ausschließen wird. Wenn unser heutiges Beitragssystem sowohl in der Anzahl der Beitragsmöglichkeiten als auch in der Differenz zwischen höchstem und niedrigstem Beitrag so vollständig beiseite geschoben wurde, so ist dies, in Hinsicht auf die zurzeit bestehenden Lohnsätze und in der Notwendigkeit, endlich einmal das Markensystem bei uns einzuführen, erklärlich. Also die Vorlage setzt in ihrem ganzen Aufbau die Einführung des Markensystems und die Einführung der Erwerbslosenunterstützung in ihrer weitgehendsten Form, das ist Unterstützung der Arbeitslosigkeit in jeder Weise, also auch bei nicht unfreiwilliger Arbeitslosigkeit, voraus. Diese Art der Unterstützung bildet einen Bruch mit unserer bisherigen Praxis, wo auf das strengste darauf geachtet wurde, daß in keinem Fall ein Mitglied unterstützt werden durfte, bei welchem nicht einwandfrei festgestellt werden konnte, daß er „gegangen worden ist“, das heißt, vom Unternehmer seinen Abschied erhalten hatte. Die finanzielle Tragweite dieses Antrages läßt sich auch nicht annähernd abschätzen, weil Berechnungen auf Grund gemachter Erfahrungen nicht gemacht werden können. Hier wird erst die Praxis ergeben müssen, ob diese tief einschneidende Neuerung vorteilhaft für die finanziellen Verhältnisse der Organisation sein wird. Die Vorteile für die Mitglieder sind natürlich in die Augen springend. Einen Sicherheitsriegel bildet jedoch die vom Vorstand vorgeschlagene Unterstützungsdauer. Wenn sich die Mitglieder mit dieser Unterstützungsdauer einverstanden erklären würden, dann, aber nur dann kann ohne Bedenken die Erwerbslosenunterstützung in der vorgeschlagenen Form beschlossen und eingeführt werden. Es würde dann auch viel Konfliktstoff aus der Welt geschafft werden. Würden aber die Mitglieder eine längere Unterstützungsdauer fordern und auf einer solchen bestehen, dann müssen sie sich aber auch damit abfinden, daß es bei dem heutigen Zustand bleiben muß, daß es nur bei unfreiwilliger Arbeitslosigkeit Unterstützung gibt. Bei Erwerbslosigkeit, hervorgerufen durch Betriebsstörungen infolge Natur- und anderer Ereignisse, oder durch eigenmächtige Arbeitsaufgabe, dürfte es dann auch in Zukunft keine Unterstützung geben. Ob dann auch das Entscheidungsrecht über Unterstützungsangelegenheiten in die Hände der Verwaltungen gelegt werden könnte, bedürfte noch mal einer reiflichen Ueberlegung. Aber, wie gesagt, wenn die Mitglieder mit der vorgeschlagenen Unterstützungsdauer einverstanden sind und die Verwaltungen bei jedem Unterstützungsfall nicht nur allein ihre örtlichen Interessen und das Interesse der gerade in Frage kommenden Mitglieder, sondern auch das Interesse des Gesamtverbandes und die Zwecke und Aufgaben der Organisation im Auge behalten, dann dürfte auch die Befürchtung, daß die Verbandskasse zu oft und in leichtfertiger Weise in Anspruch genommen und dadurch die Verbandskasse geschädigt würde, grundlos sein. Die Bestimmungen bezüglich der Höher- und Rückversicherungen sind wohl sehr wichtig und entsprechend dem geltenden Statut sehr abgeändert, es ist aber heute nicht möglich, diese Bestimmungen ausführlich zu besprechen, dasselbe gilt auch für die Bestimmungen über die Dauer, wie lange ein Mitglied beitragsfrei geführt werden kann und wie die dauernd erwerbslosen Mitglieder

zu behandeln sind; aber nur soviel sei hier gesagt, daß der Zustand für die Dauer nicht aufrecht erhalten werden kann, daß z. B. ein weibliches Mitglied, welches sich verheiratet und die Erwerbstätigkeit einstellt, dauernd als beitragsfrei geführt werden muß. Hier muß eine Grenze gesetzt werden. Der § 7, welcher die Mitgliedschaft der beim Militär befindlichen und zum Militär freiwillig eintretenden Mitglieder behandelt, ist selbstverständlich in der vorliegenden Fassung eine Notwendigkeit. Es wird sich in letzterem Falle meist nur um Leute handeln, welche bei ihrem Eintritt sich nicht bewußt waren, etwas Unrechtes zu begehen und wäre es dann nur verkehrt, wenn man ihnen die Möglichkeit, den Weg zu ihren Plassengenossen zurückzufinden, erschweren oder gar vollständig absperren würde. Was nun die vorgeschlagenen Sätze für die Erwerbslosenunterstützung, d. h. also der Unterstützung, welche unsere heutige Arbeitslosen-, Kranken- und Wöchnerinnenunterstützung ablösen soll, betrifft, so sind die beantragten Sätze nun selbstverständlich nicht in der Lage, den Mitgliedern einen Ersatz für den Verlust des Arbeitsverdienstes zu bieten, aber dies kann auch niemals die Bestimmung und Aufgabe des Verbandes sein und werden. Wenn der Gen. Kirche in Magdeburg in seinem Artikel von einer nötigen Erhöhung der Verbandsbeiträge spricht, und zwar 20 Proz. vorschlägt, daneben aber sofort eine Erhöhung der Unterstützungen um 50 Proz. fordert, so kann dies wohl scheinbar für den Augenblick im Interesse der Mitglieder liegen, aber nur scheinbar, denn diese Anträge des Gen. Kirche würden eine bedeutende Verschlechterung und Belastung unserer Verbandskasse herbeiführen, anstatt, wie die Vorstandsanträge es wünschen, deren Befundung zu erzielen. In dem kritischen Moment, wo es heißt, alles zu wagen, um die Organisation gegenüber ihren Gegnern zu halten und zu verteidigen, dann ist ein Kampffonds nicht vorhanden. Denkt man nun, daß es so leicht ist, besonders für einen so kleinen Verband, der nur auf einigen wenigen Stellen im Lande durch Anhäufung der zuständigen industriellen Betriebe eine Bedeutung für die anderen organisierten Arbeiter erreicht, die Öffentlichkeit für sich in Anspruch zu nehmen und im Bedarfsfalle ausreichende Hilfsmittel heranziehen zu können? Nein, selbst ist der Mann und der beste Klingelbeutel bringt kein Brot, wenn er leer bleibt. Getreu dem Prinzip, daß wir uns immer mehr zu leistungsfähigen Körperschaften zusammenschließen müssen, ist auch die zur Gründung einer Zahlstelle notwendige Anzahl von Mitgliedern auf 10 erhöht worden und wird es hoffentlich in der Zukunft solche kleine Zahlstellen nicht mehr geben.

Daß die zurzeit geltenden Bestimmungen zur Wahl der Delegierten zu den Generalversammlungen nicht mehr aufrechterhalten werden können, dürfte wohl allgemeine Ansicht in den Zahlstellen sein. Anstatt wie seine Urheber 1908 auf der damaligen Generalversammlung hofften und glaubten, die gerechteste Verteilung der Mandate und dadurch auch der Vertretung der Mitglieder herbeizuführen, ist durch dieses Verfahren die Wahl wesentlich erschwert und die Zahlstellen durch die gesonderte Wahl der männlichen und weiblichen Mitglieder auseinandergerissen worden. Gerade dadurch ist die Wahl manches tüchtigen Genossen oder Genossin im einzelnen Bezirk erschwert, vielleicht manchmal sogar verhindert worden. Hoffentlich wird es möglich sein, im Laufe der nächsten Wochen noch auf diesen oder jenen Punkt in den Anträgen einzugehen, es ist wohl aber zu hoffen, daß die Mitglieder die vorliegenden Anträge mit der nötigen Ruhe und Besonnenheit prüfen und die dann gewählten Delegierten auch in der Lage sein werden, ihr Votum im Allgemeininteresse der Organisation abzugeben.

Zur Generalversammlung.

Nach den bis jetzt bekannt gewordenen Betrachtungen zur Gen.-Vers. macht sich die erfreuliche Ansicht geltend, daß unsere gesamten Beitrags- und Unterstützungsanstaltungen einer grundlegenden Reformierung bedürftig sind.

Nach den ungenügenden Umwälzungen seit letzter Gen.-Vers. ist das auch eine Notwendigkeit. Die Beratungen gerade über diese Punkte dürften der kommenden Gen.-Vers. ihr Signum aufdrücken. Nur über das Maß und Ziel werden sich die Geister streiten. Die Vorlage des Vorstandes, welche ja inzwischen zur Kenntnis der Mitglieder gelangt ist, dürfte weit über die Erwartungen der meisten Mitglieder hinausgehen. Wenn in dieser Vorlage nicht jedem Mensch Rechnung getragen ist, so ist zu bedenken, daß hierbei ganz gewissenhafte Berechnungen über Einnahmen und Ausgaben zugrunde gelegt sind.

Es dürfte ausgeschlossen sein, daß, wie G. Kirche-Magdeburg vorschlägt, die Unterstützungen um 50 Proz., die Beiträge dagegen nur um 20 Proz. zu erhöhen sind. Die Ausgaben müssen immer im Verhältnis zu den Einnahmen stehen.

Eine nicht unerwünschte Debatte dürften auch die Verhandlungen, welche seitens des Verbandes mit den Unternehmerorganisationen abgeschlossen wurden, hervorrufen.

Ganz besonders hat es der § 5, Abs. 2 mehreren Zahlstellen angetan. Die Zahlstelle Hemsdorf geht sogar soweit, dem Vorstand die Fähigkeit abzusprechen, „in Zukunft noch etwas Spritzliches für die organisierte Arbeiterschaft leisten zu können.“

Auch die junge Zahlstelle Karlsruhe haut kräftig durch, indem sie droht: Sollte sich der Vorstand weigern, die Paragraphen aufzuheben, dann geht es eben ohne ihn.

Zunächst ist zu bemerken, daß vom Hauptvorstand nur Vertreter nebst drei Gauleitern, sowie acht Vertreter aus verschiedenen Zahlstellen an der Verhandlung teilgenommen haben. Ich bin der Meinung, daß die Kritiken einer ruhigen Ueberlegung nicht standhalten können. Wie liegen denn die Dinge?

Haben wir denn nicht immer von den Unternehmern freie, uneingeschränkte Koalitionsrecht gefordert? Und sollen jetzt, wo die Verhältnisse reif für Verhandlungen von Verband zu Verband geworden sind, einen anderen Standpunkt einnehmen?

Ich habe in meiner langjährigen Tätigkeit als Mitglied gerade auf diesem Gebiete viel zu kämpfen gehabt und habe volles Verständnis dafür, daß man solche Kollegen, welche ernten, aber nicht säen wollen, nicht gern in unserer Mitte duldet. Da gibt es doch noch andere Mittel, solche Schädlinge der Einheit, welche teilweise aus selbstsüchtigen Motiven oder aus Trotz aus der Reihe tanzen, zur Vernunft zu bringen. Die übergroße Mehrzahl organisiert, so ist es meines Erachtens einer kleinen Minderheit nicht möglich, dauernd auf ihrem lehrenden Standpunkte zu verharren.

Die Delegierten jener Zahlstellen, welche gegen genannten Passus der Vereinbarungen „schärfsten Protest“ einlegen, dürften versichert sein, daß auf der Gen.-Vers. auch darüber freie Sprache stattfinden wird, welche der Gesamtheit nur zum Besten gereichen kann.

A. Welzel.

Mindestlöhne in der Porzellan- und Steingutindustrie.

Am 31. Juli fanden im Hotel „Russischer Hof“ in Berlin Verhandlungen mit den Unternehmerverbänden der Porzellanindustrie zwecks Festsetzung von Mindestlöhnen statt, die vorläufig noch zu keinem Resultat führten. Einem von den Unternehmervertretern schließlich präsentierten Höchstangebot stellten die Arbeitervertreter Mindestforderungen, unter die sie nicht herabgehen könnten, gegenüber und die Unternehmer erklärten, daß sie nicht machen, die über ihr letztes Angebot hinausreichen, nicht beabsichtigen. Um nun die Verständigungsversuche nicht aufgeben zu müssen, auch um die Gelegenheit zu schaffen, gleichzeitig Mindestlöhne in der Steingutindustrie festzusetzen, einigten sich die Parteien auf erneute Verhandlungen der Vertreter beider Industriegruppen gemeinsam Ende August stattfinden zu lassen.

Wegen Zeitmangels konnten auch die von Unternehmern und Arbeitern gestellten Anträge auf Ausnahmeregelung in der Bemessung der Lohnzuschläge nach § 1 des Berliner Vertrags vom Mai 1919 in der Sitzung nicht verhandelt werden. Sie sollen ebenfalls in der Augustverhandlung ihre Erledigung finden.

Entscheidung der Beschwerdekommission.

Sitzung vom 22. Juli 1919.

Eine Beschwerde der Mitglieder B. 9387 und B. 1311 wegen Verweigerung von Arbeitslosenunterstützung.

Beide Mitglieder waren nicht entlassen, sondern mußten wegen Wahlmangel feiern.

Die Beschwerdekommision kam zu dem Beschluß, die Beschwerde abzulehnen, da nach Frage 10 des Antragsformulars die Kündigungszeit bestand, nach 13 und 14 aber nicht eingehalten wurde.

In der vom Mitgl. R. 4790 beantragten Unterstützung wegen Arbeitslosigkeit durch Kohlenmangel beruft sich die Beschwerdekommision auf den Beschluß der Sitzung vom 6. Juni 1919, nach der die Unterstützung wegen nicht formeller Kündigung abgewiesen werden mußte.

Eine Beschwerde des Mitgliedes B. 3343 hat sich durch Nachbewilligung des Hauptvorstandes erledigt.

Eine Beschwerde des Mitgliedes B. 3190 gegen den Vorstand wegen Verweigerung von Arbeitslosenunterstützung

Versammlungsberichte.

Die Beschwerdekommission konnte der Beschwerde nicht stattgeben. Nach § 7 des Statuts erhalten Mitglieder, die freiwillig in Heere eintreten, für Arbeitslosigkeit, die sich unmittelbar die Entlassung vom Heere anschließt, keine Unterstützung.

Die Beschwerde des Mitgliedes G. 25 631 wegen Verweigerung von Arbeitslosenunterstützung wurde abgewiesen, weil das Mitglied gegen den § 14, Abs. 3 des Statuts erst nach Beendigung der Arbeitslosigkeit den Antrag stellte, und nach § 7 des Statuts Meldung der Entlassung vom Heere mindestens 8 Tage nach Entlassung erfolgen muß.

Friedrich Silz, Vorsitzender. Paul Rosemann, Schriftführer.

Aus unserm Berufe.

Ausperrung bei der Firma Porzellanfabrik Fraureuth A.-G., Abt. Dresden.

Am Sonnabend, den 19. Juli, wurde das gesamte Personal genannten Firma ausgesperrt. Der Befehl dazu kam aus dem d. Harzburg von dem dort zur Kur weilenden Herrn Generaldirektor Singer. Dieser Herr scheint sich berufen zu fühlen, den Kampf für manchen so selbstverständlichen Herrn-im-Hause-Standort auch für die neue Zeit zu retten.

„Die Entlassung erfolgte sofort wegen Nichtanerkennung der Organisation,“ lautete der Schlusssatz des famosen Entlassungsbescheides, den alle Kollegen und Kolleginnen am genannten Tage eingehändigelt bekamen.

Und in der Tat, wir müssen dem Herrn Generaldirektor Recht geben; wären die Maler und Poliererinnen nicht im Verband, hätten sie jedenfalls auf das Verlangen dieses Herrn, statt auf ihnen zustehenden 33 1/2 Proz. zu bestehen, sich mit 6 Proz. zufrieden zu geben und sich nebenbei zu verpflichten, in den kommenden 6 Jahren keine weiteren Wünsche zu äußern, eingehen müssen. Aber auch die Dresdener Künstler, wie der Herr Generaldirektor sie hiesigen Maler immer gern nannte, können von der Qualität der Arbeit nicht leben und haben deshalb den einzig gangbaren Weg, den zur Organisation, beschritten und werden auf diesem Wege trotz des Gewaltigen von Fraureuth weiter schreiten.

Diese Veredelungsabteilung Dresden spielt für die Firma Fraureuth keine unwichtige Rolle, wie wir aus zuverlässiger Quelle wissen. Aus den letzten Schreiben an den Betriebsleiter geht denn auch klar hervor, daß der Herr Generaldirektor sich bewußt ist, etwas ungerecht gehandelt zu haben. Dabei möchten wir gleich die von ihm aufgeworfene Frage, ob unsere Kollegen dann, wenn sie zu Beamten gemacht werden, auf ihren Verband verzichten, beantworten. Sine mal ein auf solche Weise erpreßter Verzicht ist, weil unmoralisch, ungesetzlich. Uebrigens verzichten unsere Dresdener Kollegen auf solch eine Ausnahmestellung, denn alle bei der Firma beschäftigten Arbeiter können doch unmöglich zu Beamten gemacht werden.

Die Malerkollegen im Reich, besonders die Heimarbeiter in Ostpreußen, fordern wir aber auf, alle Aufträge der Firma Fraureuth zurückzuweisen, bis sich auch der Herr Generaldirektor Singer beugen wird, den für die gesamte Porzellanindustrie abgeschlossenen Vertrag auf die von ihm geleiteten Betriebe zu übertragen.

Die Verwaltung der Zahlstelle Dresden.

Schorndorf. Die Firma Württemb. Porz.-Manufaktur sucht der „Keram. Rundschau“ Maler. Bei den hier herrschenden Verhältnissen müssen wir den Kollegen anraten, bei Arbeitsangeboten nach hier die größte Vorsicht walten zu lassen.

Die Verwaltung.

Aus anderen Verbänden.

Gewerkschaftsverschmelzung.

An der Abstimmung im Zentralverein der Bildhauer über den Anschluß an den Holzarbeiterverband beteiligten sich von 69 Mitgliedern 2538 = 82,6 Proz. Für den Anschluß an den Holzarbeiterverband stimmten 1912 gleich 77,3 Proz., für den Heimarbeiterverband 94 gleich 3,8 Proz. und für den Bauarbeiterverband 54 gleich 2,1 Proz. Gegen jede Verschmelzung stimmten 11 gleich 16,6 Proz. Seit dem Jahre 1909, wo die erste Abstimmung erfolgte, hat sich das Zahlenverhältnis folgendermaßen entwickelt. Es stimmten über Anschluß an den Holzarbeiterverband:

	Für Anschluß	Gegen Anschluß
1909	1142 Mitglieder = 42,4 Proz.	1536 = 57,1 Proz.
1912	2653 „ = 52,0 „	1518 = 47,8 „
1915	1312 „ = 77,3 „	411 = 16,6 „

Nach dem Statut ist eine Zweidrittel-Mehrheit erforderlich, welche nunmehr erreicht ist. Der Verbandstag dürfte wohl nun die Verschmelzung beschließen.

Breslau. Als Teilnehmer der Verhandlungen muß ich die Angriffe der Zahlstelle Hermsdorf in Nr. 27 der „Ameise“ energisch zurückweisen und fordere ich die übrigen Vertreter ebenfalls auf, dies zu tun; denn der Vorwurf, daß wir die Errungenenschaft der Revolution verkauft hätten, ist ganz haltlos, sondern im Gegenteil: wir verfolgen unsere Ziele weiter, als die Genossen in Hermsdorf vielleicht beurteilen.

Wir wollen und können auch nicht die frühere Taktik der Unternehmer einschlagen, einen, der uns nicht paßt, auf's Strakenpflaster zu werfen. Im Gegenteil. Wir wollen im guten und durch Aufklärung versuchen, solche Kollegen für uns zu gewinnen, und wenn unsere Bemühungen dann erfolglos bleiben, dann kann uns niemand zumuten, mit solchen Elementen noch dauernd gemeinschaftlich zu arbeiten und können die Unternehmer mit ihnen machen, was sie wollen. Uns kann es egal sein. Die Sache ist aber nicht der Aufregung wert, in welche einzelne Zahlstellen sich darüber befinden.

Ueber den Bericht der Zahlstelle Rheinsberg vermag ich nicht allzuviel zu sagen; denn das stände unter meiner Würde als Zahlstellenvorsitzender. Ich muß aber dieses geradezu groteske Vorgehen auf das allerhöchste verurteilen; denn diese Schuld, die dem Hauptvorstand in die Schuhe geschoben wird, liegt lediglich an den Zahlstellen selbst. Man verlangt, daß der Hauptvorstand sich bei den Zahlstellen erkundigt, als hätte er zurzeit nichts anderes zu tun. Es wäre sehr wünschenswert, wenn sich die betreffenden Zahlstellen, die eine derartige Kritik üben, von den Vätern der vielen Arbeit, die im Verbandsbureau zu erlebigen ist, selbst überzeugen könnten. Ich habe bei meiner Anwesenheit in Berlin die Erfahrung machen müssen, daß der Hauptvorstand von keiner Zahlstelle über die in den betreffenden Orten herrschenden Verhältnisse unterrichtet wird, und dies ist dann der größte Fehler, der aber nur die Zahlstellen, nicht den Hauptvorstand trifft.

Zu dem Artikel in Nr. 30 der „Ameise“, von der Zahlstelle Rheinsberg, wundere ich mich sehr, ob denn die dortigen Kollegen die „Ameise“ nicht lesen, da doch in Nr. 29 die Ergebnisse der Verhandlungen veröffentlicht sind. Daß die Abmachungen so minimal sind, kann doch auch nicht ganz zutreffen; denn außer der Lohnfrage ist auch die Ferienfrage geregelt und wer weiß, was die Ferien für uns in der ganzen Zeit der Arbeiterbewegung gewesen sind, wird anders urteilen als wie die Zahlstelle Rheinsberg. Und ich bin fest überzeugt: wenn die Genossen von Rheinsberg, Hermsdorf usw. bei den Verhandlungen in Berlin zugegen gewesen wären, wo nicht nur die Lohnfrage zu beurteilen war, sondern die allgemeine jetzige Lage, auch die Lage der Industrie und was möglich war oder nicht. Wenn die Genossen sich dies vor Augen geführt und gehört hätten, dann würden sie anders sprechen und urteilen. Solch ein Artikel kann uns seinen Nutzen bringen, sondern er schadet nur der Allgemeinheit. Johann Er tel, Vorsitzender der Zahlst. Breslau.

Elsternwerda. Der Vorsitzende, Genosse Weber, eröffnete um 4 Uhr die sehr zahlreich besuchte Versammlung. Nach Bekanntgabe der Tagesordnung und Verlesen des Protokolls der letzten Versammlung erstattete Genosse Weber unter Punkt 1 Bericht als Obmann des Arbeiterausschusses über die Lohnverhandlungen mit der Direktion betreffs der Abmachungen von Berlin. Es wurde bekanntgegeben, da man bei der Verhandlung auf Schwierigkeiten stieß und in allen Fragen keine Einigung erzielen konnte, mußte diese am ersten Tage abgebrochen werden. Nach einer Bedenkzeit von drei Tagen wurden von seiten der Direktion die Verhandlungen mit dem Arbeiterausschuß wieder aufgenommen. Es wurde folgender Vertrag mit der Direktion abgeschlossen:

Für Akkordarbeiter 35 Proz. auf den Grundlohn, dazu ein Feuerungszuschlag von 125 Proz. (vorher 140 Proz.). Brennhaus, Männliche über 21 Jahre 1,60 Mk. pro Stunde, von 19—21 Jahren 1,40 Mk. pro Stunde, unter diesem Alter 0,80—1,20 Mk. pro Stunde. Weibliche Arbeiter im Brennhaus, Schlämmerei und Masuritube über 18 Jahre 90 Pf. Presser, Formträger, Massefahrer über 21 Jahre 1,60 Mk. Lager: Bader 1,50 Mk., Arbeiter 0,80—1,50 Mk., Frauen 0,80—0,90 Mk. Die Vorarbeiter 100 Mk. Wochenlohn.

Man ging zu Punkt 2 der Tagesordnung über, zum Parteibericht, welcher vom Genossen Klöhn gegeben wurde. Es wurde den Mitgliedern nahe gelegt, die gewerkschaftliche Bibliothek doch mehr in Anspruch zu nehmen, da diese über sehr schöne und lehrreiche Bücher verfügt. Weiter wurde berichtet, daß das Kino des Herrn Sauer so wenig als möglich von den Arbeitern besucht werden soll. Dieser Herr kann sich jedenfalls nicht entsinnen, daß er auch die Arbeitergroßchen zu seinem Lebensunterhalt unbedingt nötig hat. Besonders hervorgehoben wurde, daß ein jeder wahrheitsgetreues Material herbeischaffen soll, um dem Herrn Landrat dieses Kreises beweisen zu können, daß er nicht mehr auf dem Schimmel reiten kann und soll, auf dem er während des Krieges geritten hat. Die arbeitende Bevölkerung hat unter seiner Herrschaft Schweres durchzumachen gehabt. Sie ist nur mit Mühe und Not dem Hungertode entronnen. Dem Arbeiterausschuß wurde in „Verschiedenes“ von seiten des Brennhauses anheimgestellt, bei der Direktion dahin zu wirken, daß die Schürzen, die heute mit 50 Pf. bezahlt werden, in Zukunft unentgeltlich geliefert werden sollen.

Mit kernigen, jedem zu Herzen gehender Worten, daß nur durch Geschlossenheit und Einigkeit was zu erzielen ist und erzielt werden kann, treu und fest zur Organisation zu halten, die Versammlungen zahlreich zu besuchen, denn Einigkeit macht stark, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Schorndorf. Am Sonntag, den 20. Juli 1915, fand in Offenburg eine Bezirkskonferenz der süddeutschen Zahlstellen statt. Anwesend waren Vertreter der Zahlstellen Karlsruhe, Schorndorf, Schramberg, Hornberg und Offenburg. Leiter der Konferenz war Kollege Wilhelm Haller, Schramberg; als Schriftführer wurde Kollege Joh. Benzling bestimmt. Hauptpunkt der Tagesordnung war Festsetzung eines Kandidaten zur Delegiertenwahl. Man hat sich nach kurzer Debatte dahin geeinigt, daß die Zahlstellen Hornberg und Karlsruhe ihre Kandidaten zurückziehen und nur der Kollege Wihl. Haller, Schramberg, als Kandidat aufgestellt werden soll. Es ist nun Sache der Zahlstellen, daß sie geschlossen bei der Wahl dem Kollegen Wihl. Haller die Stimme geben, damit auch einmal von den süddeutschen Zahlstellen ein Vertreter in die Generalversammlung kommt. Bei Punkt „Wünsche und Anträge“ entspann sich eine lebhafte Debatte. Scharf wurden die Kollektivverträge

kritisiert, auch wurde der Wunsch geäußert, daß, wenn die Roste-Gar-
disten wieder in ein Arbeitsverhältnis treten, sie nicht mehr in die Ver-
bände aufgenommen werden sollen. Auch wurde beschlossen, jedes Jahr
zwei Bezirkskonferenzen abzuhalten, um wieder mehr Fühlung gegen-
seitig zu bekommen. Als Vorort wurde Hornberg bestimmt. Für jedes
Mitglied soll ein Betrag von 10 Pf. pro Jahr erhoben werden, der bis
zum 1. Dezember bezahlt werden soll. Zum Schluß wurden noch einige
Bemerkungen gemacht über das Verhalten unserer Hauptverwaltung.

Königszell. In der vor kurzem stattgefundenen Versammlung
gibt der Vorsitzende Kronlob Aufklärung über die vorzunehmende Wahl
der Delegierten zur Generalversammlung. Nach stattgefundener Aus-
sprache wurde der Kollege Paul Berger als Kandidat zur Delegiertenwahl
aufgestellt. Da von den weiblichen Mitgliedern besondere Vorschläge nicht
gemacht wurden, wurde beschlossen, daß die weiblichen Mitglieder ihre
Stimme für die Genossin Frau Klose in Stanowitz abzugeben haben. Bei
dem Punkt „Stellungnahme zu den Mindestlöhnen“ kam es zu scharfen
Auseinandersetzungen, da die vereinbarten resp. von den Unternehmern
vorgeschlagenen Mindestlöhne den gegenwärtigen Zeitverhältnissen nicht
genügend Rechnung tragen und die Mitglieder sich auf keinen Fall damit
einverstanden erklären können. Baldige endgültige und geregelte Ab-
machungen müssen daher gefordert werden. Betreffs Abschluß des Ver-
trages mit den Unternehmern bedauern gerade die Mitglieder der hie-
sigen Zahlstelle, daß wir darin sehr unklar und unvollkommen unter-
richtet worden sind, indem damals gerade die einzelnen Abteilungen mit
der Direktion in Verhandlung standen, welche aber von der Direktion
damals abgebrochen wurden. Hätte man uns vom Hauptvorstand früher
informiert, dann hätten wir unsere Verhandlungen beschleunigt und die
jetzt bestehende Benachteiligung der hiesigen Mitglieder, wodurch große
Misstimmung herrscht, wäre nicht eingetreten. Der § 5, Abs. 2 wurde
ebenfalls einer starken Kritik unterzogen, wobei erwähnt wurde, daß die
Unorganisierten gerade darin eine Stütze gefunden haben. Durch die
Verhinderung des Gauleiters, Gen. Pirsch, konnte der Vortrag über die
Verhandlungen mit den Arbeitgebern wegen des Vertrages nicht stattfin-
den, welches allgemein bedauert wurde. Es wird hierauf die Einrichtung
eines Lokalfonds beschlossen und hat jedes Mitglied dazu pro Quartal
1 Mk. zu entrichten. Der Vorsitzende macht sodann Mitteilung, daß die
Zahlstelle Waldburg eine Einladung zu einer am 23. d. M. stattfindenden
Konferenz, welche sich mit der Stellung zu den Mindestlöhnen be-
fassen soll, gesandt hat, und werden dazu die Kollegen Berger und Schmidt
als Delegierte gewählt.

Begefac. Auf der Konferenz zu Neuhaus am 6. Juli wurde u. a.
auch folgender Antrag angenommen: „Mitglieder, welche das 60. Lebens-
jahr erreicht haben und 20 Jahre ununterbrochen dem Verbands ange-
hören, bleiben mit vollen statutarischen Rechten beitragsfrei.“ Man kann
sich mit dem Grundgedanken dieses Antrages wohl einverstanden er-
klären, aber in dieser Fassung ist er nicht annehmbar, und zwar aus fol-
gendem Grunde: Ein Porzellanarbeiter erreicht in nur ganz wenigen
Ausnahmefällen das 60. Lebensjahr, und somit käme diese Vergünsti-
gung nur für ganz wenige in Betracht. Meiner Meinung nach wäre es
besser, der Antrag bekäme folgende Fassung: „Mitglieder, welche 30 Jahre
dem Verbands angehören, bleiben mit vollen statutarischen Rechten bei-
tragsfrei.“ Bei dieser Fassung käme keine Altersgrenze in Betracht, son-
dern nur die Dauer der Mitgliedschaft. Und es käme hierfür auch eine
größere Anzahl Mitglieder in Betracht; denn es sind doch wohl eine große
Anzahl Personen, welche unter 20 Jahren dem Verbands als Mitglied bei-
treten, und somit käme die Vergünstigung schon vor Erreichung des
50. Lebensjahres zur Geltung. Zweitens würde es ein ganz vorzügliches
Mittel für die Stabilität der Mitglieder sein.

E. L. R u h m a n n, Begefac.

Versammlungs-Anzeigen.

Zahlreicher Besuch in allen Versammlungen erwünscht.

Annaburg. Donnerstag, den 7. August, abends 8 Uhr, Zahlstellen-
versammlung im Gesellschaftshaus Zoberbier (Kleiner Saal).

Berlin. Figurenbranche. Sitzung: Dienstag, den 12. August,
nachmittags 5 Uhr, bei Kollischlager, Adalbertstr. 21. — Porzellan-
branche. Sitzung: Mittwoch, den 13. August, abends 6 Uhr, bei

Hann. Samstag, den 9. August, abends 7 Uhr, im Volkshaus,
Sandkaule 13: Delegiertenwahl zur Generalversammlung.

Charlottenburg. Freitag, den 15. August, nachmittags 5 Uhr, im
Volkshaus, Kleiner Saal, Delegiertenwahl.

Letzin. Montag, den 11. August, abends 8 Uhr, Zahlstellenver-
sammlung in der Erholung, Letzin.

Arnsch. Zahlstellenversammlung am Donnerstag, den 14. August
1919, abends 7 1/2 Uhr, im „Sächsischen Haus“ (Cerventka).

Wittenb. Vorsitzender: Albert Görbert, Maler.

Unterpfälz. Mittwoch, den 20. August, abends 8 Uhr, im Gast-
haus „Zur Sonne“: Generalversammlung. Wahl eines Vorsitzenden.

Adressen-Änderungen.

Wittenb. ... wird, den 9. August, abends 8 Uhr, bei
Gastwirt Peters.

Berlin. ... am Mittwoch, den 20. August,
abends 7 1/2 Uhr, im „Sächsischen Haus“, Dresdenerstr. 113. Wahl des De-
legierten zur Generalversammlung.

Hann. ... den 9. August, abends 6 Uhr: Versammlung
im Volkshaus, Sandkaule.

Herrnsdorf. Sonnabend, den 2. August: Zahlstellenversammlung
in der Zentralthalle. Delegiertenwahl.

Hohenberg a. Egge. Sonnabend, den 9. August, abends 8 Uhr,
bei Georg Krüger. Tagesordnung: Wahl des Delegierten zur General-
versammlung.

Leipzig. Die Versammlungen finden in Zukunft jeden letzten
Sonnabend im Monat statt im „Volkshaus“, Zeitzerstr. 32. — Nächste
Versammlung am 30. August.

Mürnberg. Samstag, den 9. August, abends 8 Uhr, im „
vischen Hof“. Delegiertenwahl. Erscheinen unbedingt notwendig.

Dösch. Freitag, den 15. August, abends 1/6 Uhr, in der
berge zur Heimat“.

Steinwiesen bei Kronach, Oberpfalz. Schriftführer: Franz
Luhlein, Stanger, Nr. 11. Revisor: Andr. Weierlorzer, Nr. 204.

Rehenstrauß. Kassierer: Theodor Müller, Maler, Rest. Piller
Zell a. S. Vorsitzender: Aug. Hermann, Dreher, Hauptstr.

Schriftführer: Wilhelm Braun, Gießer, Hofgasse 91. Kassierer: J.
Kussi, Dreher, Fabrikgasse 149. Revisor: Anton Groh, Maler, G.
straße 45.

Quittung.

Staffel. Für den Genossen Muth gingen noch ein: Zahlstelle
Halbenseleben durch Ch. Scheiba 10,— Mk.; von Zahlstelle Gera
Wilh. Döhler 10,— Mk. Allen Gebern besten Dank.

Arbeitsmarkt.

Tüchtiger Maler

(ledig), der Muster entwerfen, Schablonen schneiden und die Aufsicht ein-
kleinen Personals führen kann, stellt sofort ein

Steingutfabrik C. & E. Carstens, Georgenthal i. Thüringen.

Flotter Tellerdreher

wird sofort eingestellt.

Hirschauer Steingutfabrik C. & E. Carstens, Hirschau, Oberpfalz.

Geschäfts-Anzeigen.

Emil Böhme & Eisenberg S.-A.

Einkaufsgeschäft für Glanzgold, Goldschmied u. alle goldhaltigen Sub-
stanzes Geschäft dieser Art

Reelle u. pünktliche Bedienung

Man verlange Prospekte.

Schwämme bleiben knapp und teuer. Offeriere Rhinoceros,
bantiner, Hairhead-Schwämme für Dreher, Garnierungs-
Drennerschwämme in diversen Größen und Preislagen, pro Stück
1 Mk. bis etwa 20 Mk. Elefantenschwämme, prima, das Kilo 500
Berford nur in ganzen Partien auf feste Bestellung. Wegen Ver-
schwierigkeiten und Warenmangel keine Remission oder An-
sendung. Probeforderungen nicht unter 200 Mk.

S. Michelson, Schwammhandlung

Berlin C. 25, Prenzlauerstr. 42 L.

Telephon: Alexander 2478.

Goldlappen, Schmiere

sowie alle goldhaltigen Malrückstände kauft, Flaschen mit Stöpsel 5
aufwärts

A. Langhammer, Wilkau i. Sachl.

Sämtliche Pinsel für Porzellanmaler

überhaupt der Porzellanbranche, sowie Stahlspachteln und Dreher-
lieferiert zu soliden Preisen

Paul Materne, Schönwald i. Oberfranken

Auf Verlangen werden Pinsel nach Zeichnung oder Muster angefertigt.

Goldschmied, Goldlappen, Goldflaschen und alle in der Vergolder-
vorkommenden Abfälle kauft bei pünktlicher, reeller Bedienung zu
höchsten Preisen

Oskar Rottmann, Stadtilm

Goldhaltige Lappen — Asche — Schmiere

Pinsel, Paletten, Näpfe, leere Goldflaschen

(mit Stöpsel zahle 5—10 Pf. je nach Gehalt, bei größeren auch be-
tend mehr) überhaupt alle Malrückstände und ausgebranntes Gold
die Scheideanstalt von

Max Haupt, Dresden-N., Bönisch-Platz 17.

Goldflaschen :: Lappen :: Schmiere

sowie ausgebranntes Gold kauft zu höchsten Preisen

Emil Heimer, Langewiesen b. Jm., T.



Alle Malrückstände, Goldflaschen,

goldhaltige Lappen, Näpfe, Pinsel usw.

kauft zu höchsten Preisen

Otto Seifert, Zwickau, Sa., Osterweihstr. 32.

Schnelle, reelle Bedienung



Herausg. v. Verband d. Porzellan- u. verw. Arbeiter u. Arbeiterin-

Redaktion: J. B. Martin Tobias, Charlottenburg, Rosinenstr.

Berlag: Wilhelm Gerden, Charlottenburg, Rosinenstr. 4

Druck von Otto Goerke, Charlottenburg, Wallstr. 22